

Empfehlung 760¹

betr.

die Sicherheitszusammenarbeit zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn

Die Versammlung,

- i. in Anbetracht der Bedeutung, die die EU der Förderung enger kooperativer Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn beimisst;
- ii. insbesondere feststellend, dass es notwendig ist, die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit bei speziellen Sicherheitsfragen zu schaffen;
- iii. unter Hervorhebung, dass die Bekämpfung von Korruption und Mafia-Aktivitäten (Drogenhandel, illegale Einwanderung, Frauenhandel, illegale Adoption und kriminelle Geschäfte) eine vorrangige Aufgabe für die östlichen Nachbarn der EU ist;
- iv. feststellend, dass viele regionale Konflikte an den Grenzen der EU durch die Mafia und deren politische Verbindungen bewusst geschürt werden;
- v. unter Betonung der geostrategischen und ökonomischen Bedeutung der Ukraine für die Europäische Union und mit Genugtuung über die positiven politischen Entwicklungen, die in der Ukraine seit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2004 stattgefunden haben;
- vi. sich des Umfangs der Wirtschaft- und Sozialreformen bewusst, die in der Ukraine durchgeführt werden müssen, sowie der politischen Fragen, die bei den Parlamentswahlen im März 2006 auf dem Spiel stehen und in der Überzeugung, dass der Reformprozess spezieller Hilfe von der Europäischen Union bedarf, der praktische Auswirkungen auf die soziale und demokratische Lage des ukrainischen Volkes haben wird;
- vii. mit Befriedigung die von den neuen ukrainischen Behörden zum Ausdruck gebrachte politische Entschlossenheit feststellend, engere Beziehungen zur EU und zur NATO zu entwickeln;
- viii. mit Genugtuung über die Unterzeichnung des Aktionsplans der EU und der Ukraine am 21. Februar 2005 und die zusätzlichen Maßnahmen, die im Hinblick auf eine Stärkung dieses Plans verabschiedet wurden;
- ix. besorgt über die Existenz bis dato ungelöster Grenzkonflikte zwischen der Ukraine und Russland sowie zwischen der Ukraine und Rumänien;

¹ Von der Versammlung am 14. Juni 2005 (3. Sitzung) auf der Grundlage des geänderten Texts verabschiedet.

- x. in Anbetracht der Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen in Moldau und mit Freude über den politischen Willen der moldauischen Behörden, engere Beziehung zur EU herzustellen;
- xi. besorgt über den Konflikt in Transnistrien, der seit mehr als zwölf Jahre besteht, und mit Unterstützung für die moldauischen Behörden bei ihrem Bestreben, den Rahmen der Verhandlungen, die derzeit im Hinblick auf die Lösung des Konfliktes geführt werden, zu erweitern;
- xii. die Auffassung vertretend, dass Russland zusätzliche Anstrengungen unternehmen sollte, um zur Lösung des Status von Transnistrien beizutragen;
- xiii. mit Genugtuung über die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Moldau im März 2005 und den von der EU zum Ausdruck gebrachten Wunsch, zu einer Lösung des Konflikts in Transnistrien beizutragen;
- xiv. der Hoffnung Ausdruck verleihend, dass die neuen ukrainischen Behörden aktiv bei den Anstrengungen mitarbeiten werden, den Konflikt in Transnistrien zu lösen, insbesondere durch verstärkte Kontrollen entlang der Grenze zwischen Moldau und der Ukraine;
- xv. besorgt über die weiterhin fehlende Bereitschaft der belarussischen Behörden, die notwendigen Voraussetzungen für demokratische Fortschritte in diesem Land zu schaffen;
- xvi. sich dessen bewusst, dass die Entwicklung der Beziehungen der EU zu Belarus von den Fortschritten abhängen werden, die die Behörden in diesem Land in Richtung auf Demokratisierung erzielen;
- xvii. in Anbetracht des besonderen Verhältnisses zwischen Russland und Belarus, insbesondere im Verteidigungsbereich;
- xviii. unterstreichend, dass es notwendig ist, die strategische Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union zu vertiefen und mit Genugtuung über das Ergebnis des 15. Gipfeltreffens zwischen Russland und der EU am 10. Mai 2005 in Moskau, insbesondere über die Vereinbarung eines Maßnahmenpakets zur Schaffung von vier gemeinsamen Räumen (Wirtschaft, Sicherheit/Freiheit/Justiz, äußere Sicherheit, Forschung/Bildung/Kultur);
- xix. es für unerlässlich erachtend, dass eine rasche und wirksame Umsetzung der zwischen der EU und Russland geschlossenen Vereinbarungen insbesondere im Sicherheitsbereich gewährleistet wird;
- xx. in der Auffassung, dass unterschiedliche Auffassungen bei der Beurteilung der demokratischen Standards ebenfalls eine potentielle Quelle für Streitigkeiten sind;
- xxi. sich dessen bewusst, dass jene EU-Mitgliedstaaten, die unmittelbare Nachbarn Russlands sind, insbesondere Finnland, Polen und die baltischen Staaten, besonderen Wert darauf legen, die Entwicklung einer konstruktiven gemeinsamen Politik in Bezug auf Russland zu sehen;

- xxii. hervorhebend, wie wichtig die Wirtschaftsinteressen Russlands, der Mitgliedstaaten der EU und der östlichen Nachbarn der EU an der jeweilig anderen Seite sind, jedoch auch anerkennend, dass sie unterschiedliche Sicherheitsinteressen haben können;
- xxiii. unter Hinweis auf die Empfehlung 697, die am 4. Dezember 2001 einstimmig von der Versammlung verabschiedet wurde, und in der der Rat nachdrücklich aufgefordert wurde, „die EU aufzufordern, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland in Bezug auf politische und sicherheitspolitische Fragen und insbesondere auf Entwicklungen in Belarus, Moldau und in der Ukraine, wo beide ein gemeinsames Interesse an Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung haben, weiter zu intensivieren“;
- xxiv. ferner unter Hinweis auf die am 3. Dezember 2002 einstimmig verabschiedete Empfehlung 715 der Versammlung, in der der Rat nachdrücklich aufgefordert wurde, „seine Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine, Belarus und Moldaus beim Prozess der politischen Demokratisierung und der Liberalisierung der Handelsbeziehungen fortzusetzen“ und „weiterhin aktiv die strategische Partnerschaft mit Russland zu stärken“;

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE WEU-STAATEN AUFZUFORDERN, IHRERSEITS DIE EU AUFZUFORDERN;

1. Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um Aktivitäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in verstärktem Maße für die Ukraine zu öffnen;
2. den Dialog mit der Ukraine zu verstärken mit dem Ziel, die Aussichten der Ukraine auf engere Beziehungen zu der EU zu prüfen;
3. mehr Unterstützung für die demokratische Bewegung in Belarus zu leisten;
4. Moldau die Aussicht der Einbindung in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Süd-Osteuropa anzubieten;
5. eine Verpflichtung durch die an den Verhandlungen über den Konflikt in Transnistrien beteiligten Parteien sicherzustellen, sich gemeinsam mit der EU stärker einzubinden in einen erweiterten Verhandlungsrahmen mit dem Ziel, eine endgültige Lösung für den Konflikt zu finden;
6. die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU und ihren Nachbarn bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu verstärken, insbesondere durch verstärkte Grenzkontrollen und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit;
7. in einen Dialog mit Russland einzutreten über die Voraussetzungen für Demokratie und die Prinzipien der Demokratie als wesentliche Elemente für die Sicherheit.